

Die Eiszeit der neuen Weltkriegsordnung und der Frühling in Galiläa

Beitrag zur pax christi-Konsultation „Rohstoffkriege als
Bekenntnisfrage?“ am 21./22. September 2007 in Stuttgart
– Gliederung, z.T. thesenartige Darstellung, Literaturhinweise (von Peter Bürger) –

„Was sind die >Vorteile des Vaterlandes< anderes als die Nachteile eines zweiten Staates oder Volkes, das heißt das Gebiet auszudehnen, indem man es anderen gewaltsam entreißt, das Reich zu mehren, die Staatseinkünfte zu vergrößern? Alles dieses sind ja nicht Tugenden, sondern es ist die Vernichtung von Tugenden. Vor allem nämlich wird die Verbundenheit der menschlichen Gesellschaft beseitigt, es wird beseitigt die Redlichkeit, die Achtung vor fremdem Gut, schließlich die Gerechtigkeit selbst [...] Denn wie könnte gerecht sein, wer schadet, wer haßt, wer raubt, wer tötet? Das alles aber tun die, welche ihrem Vaterlande zu nützen streben.“ „Überall, wo die Waffen sich Geltung verschafft haben, ist die Gerechtigkeit ausgelöscht und verbannt.“

Laktantius (ca. 250 – 320 n.Chr.), kirchlicher Schriftsteller, in seinen „göttlichen Unterweisungen“

1. Ausgangslage: Das „Imperium der Schande“ und der zivilisatorische Ernst
2. Die neue Weltordnung nach 1990 und ihre Rechtfertigungsfiguren für den Krieg
3. „Werte und Interessen“: Die Militärdoktrinen des dritten Jahrtausends legen einen neuen Klartext vor
4. Das Hinterherhinken der kirchlichen Friedensethik und Gründe für die Behäbigkeit des westlichen Christentums in der Kriegsfrage
5. Was bedeutet Bekenntnis?: Eine Erinnerung an die Korumpierbarkeit des verfassten Christentums und an Dietrich Bonhoeffer
6. „... denn er hat Christus gelästert“: Confessio in den ersten drei Jahrhunderten – Kriegsabstinenz im Imperialismus als christliches Identitätsmerkmal
7. Christentum und Krieg: Selbstbesinnung im „christlichen Kulturkreis“ und ideologische Instrumentalisierung des Christentums
8. Der „Kampf der Kulturen“ und der Krieg ums Öl
9. Der Ansatz der „Ökumenischen Erklärung“: Das Ende des staatskirchlichen Kompromisses im 3. Jahrtausend
10. Die Traurigkeit des Imperiums und die Wahrung christlicher Identität
11. Drei Textanhänge

1. Ausgangslage: Das „Imperium der Schande“ und der zivilisatorische Ernst

Die derzeitige Weltwirtschaftsunordnung wird flankiert von einer „neoliberalen Religion“, die massenkulturell alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringt und uns von allen Traditionen abzutrennen versucht, die einem entfesselten Kapitalismus entgegenstehen. Trotz Nahrungsmittelüberproduktion auf dem Globus sterben jährlich 30-40 Millionen Menschen an Hunger (viele andere Unterversorgungssektoren treten hinzu). Das „Imperium der Schande“ (Jean Ziegler), in dem wenige hundert Individuen über mehr Reichtum verfügen als die Hälfte der Weltbevölkerung, muss des Massenmordes bezichtigt werden. Die real existierende „Globalisierung“ ist ein sozialdarwinistisches Babel-Projekt, dem christlichen Verständnis von Oikumene diametral entgegengesetzt.

Der Krieg gegen die Armen des Erdkreises ist der skandalöseste Kriegsschauplatz unserer Gegenwart. Der Kampf um Ressourcen (Wasser, Rohstoffe, Energieträger) ist Teil dieses Krieges. Öl und Gas, die Motoren des industriellen Zeitalters und des ungehemmten Wirtschaftswachstums, gehen noch in diesem Jahrhundert zur Neige. Mit diesen fossilen Energieträgern verbunden ist jener *zivilisatorische Ernst*, der uns von allen vorhergehenden

Epochen unterscheidet: Der Klimawandel stellt auf Zukunft hin das Überleben der menschlichen Gattung in Frage. Unser aggressives Wirtschaftssystem, in dessen Zentrum abstrakte Geldvermehrungsabläufe und Konzernmacht stehen, ist die Wurzel des Übels. Es kann deshalb keine Lösungsperspektiven bieten hinsichtlich der massenmörderischen Ungerechtigkeit auf dem Globus, des Umgangs mit den endlichen Energieträgern (Verteilungskampf) und der ökologischen Überlebensfrage auf unserem Planeten. *Neoliberalismus, der Krieg gegen die Armen, der Verteilungskampf um die Energieressourcen und der zivilisatorische Überlebensernst der „Klimafrage“ müssen im ökumenischen „processus confessionis“ zusammen gesehen werden.*

Bücher:

Franz Alt: Krieg um Öl oder Frieden durch die Sonne. München: Riemann Verlag 2002.

Andreas Zumach: Die kommenden Kriege. Ressourcen, Menschenrechte, Machtgewinn – Präventivkrieg als Dauerzustand? Köln 2005.

Thomas Seifert/Klaus Werner: Schwarzbuch Öl. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2006.

2. Die neue Weltordnung nach 1990 und ihre Rechtfertigungsfiguren für den Krieg

Kern der neoliberalen Weltunordnung ist das globale Diktat der für alle geltenden „Spielregeln“ durch die reichen Weltzentren. Die zugrunde liegende Ideologie ist älter noch als die Ära von Margret Thatcher und Ronald Reagan. Ihr Siegeszug beginnt indessen erst mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Nicht von ungefähr hat US-Präsident Bush sen. den ganz offenkundig gewollten – gleichwohl noch „völkerrechtlich“ sanktionierten – Golfkrieg 1990/91 als Wendepunkt zu einer „neuen Weltordnung“ charakterisiert.

Nach Ende der Systemkonkurrenz ist es weder zum Einfahren einer Friedensdividende noch zur Entwicklung einer – alternativen – gewaltfreien Konfliktlösungsinfrastruktur gekommen. Das Ergebnis ist aktuell ein Weltrüstungshaushalt von über einer Billion US-Dollar, ebenso z.B. ein neues Entwicklungs- und Stadienstadium der Atombewaffnung und eine – von privatisierten Kriegs-Dienstleistungen flankierte – technologische „Revolution in Military Affairs“ für Zukunftskriege, deren ethische und völkerrechtliche Problematik bestenfalls von einigen Experten bedacht wird. Die seit den 1990er Jahren entwickelten „Rechtfertigungsfiguren“ für militärisches Handeln lähmen bis heute die Kritik des Krieges, obwohl keine von ihnen „Erfolge“ aufweisen kann – im Gegenteil: „Humanitäre Intervention“ (einschl. „zivil-militärischer Zusammenarbeit“), Demokratischer Imperialismus (weltweite Verbreitung der „marktwirtschaftliche Demokratie“), schließlich angebliche Abrüstungskriege und „Antiterrorkriege“ ... Die Diskursrichtung wird – wie schon Erasmus von Rotterdam wusste – stets von den Kriegsführenden vorgegeben.

Die seit Anfang der 1990er Jahre in den USA, NATO und speziell auch unter Volker Rühe in Deutschland proklamierte militärische *Interessenspolitik* war in die diversen Kriegskonzepte freilich immer schon eingebettet. Das primär geostrategische Motiv für das Nato-Bombardement auf Jugoslawien ist nach Ansicht des CDU-Politikers Willy Wimmer erwiesen. Speziell dieser völkerrechtswidrige Krieg kann vom „humanistischen Bellizismus“ in keiner Weise als Stütze oder Erfolg reklamiert werden.

Zur Weltkriegsvergessenheit:

Bürger, Peter: Morden und Sterben in aller Welt. Zum Antikriegstag 2007 ein etwas anderer Zugang: Einblicke aus Heimatgeschichte und Familienalben.

In: Telepolis, 1.9.2007. <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/26/26068/1.html>

3. „Werte und Interessen“:

Die Militärdoktrinen des dritten Jahrtausends legen einen neuen Klartext vor

Im dritten Jahrtausend wird der Kern der militärischen Doktrinen (Macht- und Wirtschaftsinteressen) allerdings noch viel ungenierter offen gelegt. Die USA behalten sich

expressis verbis vor, auch mit Waffengewalt die Verfügung über Energieressourcen im Nahen Osten zu gewährleisten. Im Bereich von EU und Deutschland (Weißbuch 2006) wird der entsprechende Diskurs nun auch nach US-Vorbild als „Sicherheitspolitik“ deklariert oder im Nato-Jargon „Werte und Interessen“ vermittelt. Schlüsselwörter: Wahrung des nationalen Wohlstandes, Schutz vor „illegaler Immigration“, freie Märkte (freier Warenfluss), freie Handels- und Seewege, Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung. Die herkömmlichen „humanitären Argumentationsmuster“ sind verbal als Anhängsel bzw. Zusätze untergebracht (eine Exegese des Bundes-Weißbuchs muss diesbezüglich die Redaktionsgeschichte ab der 1. Fassung beachten).

Speziell hierzulande bleibt die breite Empörung aus, wenn Bundeswehrdozenten, Militärs und Bundespolitiker offen den „archaischen Kämpfer“ ankündigen (General O. Budde), sich in Militärfragen auf die Tradition des Preußentums berufen (Jung, Köhler), die Friedensartikel des Grundgesetzes öffentlich in Frage stellen (Minister Jung) oder gar den Krieg im Licht eines sozialdarwinistischen Biologismus „wissenschaftlich“ als Urgegebenheit erhellen (Bundeswehrdozent J. Schnell). Dass von humanitären Katastrophen auf dem afrikanischen Kontinent stets nur die Rede ist, wenn zumindest mittelbar auch Rohstoffinteressen berührt sind, macht nur wenige Zeitgenossen skeptisch bezogen auf die Zuverlässigkeit des uns dargebotenen Wissens über die Welt.

Lektüretipps:

- P. Bürger:* Deutsche Kriege für das „nationale Interesse“? Verteidigungsminister Jung will im Weißbuch den Auftrag der Bundeswehr neu definieren. Wegmarken einer Abkehr von der im Grundgesetz verankerten Friedensstaatlichkeit. In: Telepolis, 17.05.2006. <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/22/22686/1.html>
- P. Bürger:* „Abhängig von gesicherter Rohstoffzufuhr in globalem Maßstab“. Die Bundesregierung verabschiedet ein Weißbuch der Bundeswehr. In: Telepolis, 26.10.2006. <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/23/23836/1.html>
- Tobias Pflüger/Thomas Wagner* (Hrsg.): Welt-Macht EUropa – Auf dem Weg in weltweite Kriege. Hamburg 2006. [Aktualisierungen im Internet: <http://www.imi-online.de/eu-projekt/>]
- Schwarzbuch zur Sicherheits- und Militärpolitik Deutschlands.* Hrsg. von der Bundestagsfraktion „Die Linke“. März 2007. <http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7747922397.pdf>

4. Das Hinterherhinken der kirchlichen Friedensethik und Gründe für die Behäbigkeit des westlichen Christentums in der Kriegsfrage

Trotz einzelner guter Ansätze unter dem Leitwort vom „gerechten Frieden“ bewegt sich der neuere kirchliche Diskurs noch weitgehend auf dem Feld der in den 1990er Jahren vorgelegten „Rechtfertigungsfiguren“ für militärischen Handeln („Humanbellizismus“, „politischer Pazifismus“), ohne dem neuen Stand offen imperialer Militärdoktrinen gerecht zu werden und ohne den atompazifistischen Konsens der Ökumene mit Dringlichkeit weiterzuverfolgen. Insbesondere gibt es nach wie vor große Defizite bei der theologischen Bewertung (nicht: Theologisierung) des Völkerrechts.

Für die kirchliche Behäbigkeit in der Kriegsfrage gibt es auch „soziologische“ und psychologische Gründe, z.B.: a) Es gibt immer weniger Menschen, die nach zwei Weltkriegen aufgrund eigener Erfahrungen den Ernst der Friedensfrage beibehalten; b) das medial vermittelte – neoliberale – Weltbild tritt vielfach an die Stelle gründlicher Quellensichtung (Militärdoktrinen, Vorlagen aus „sicherheitspolitischen Denkfabriken“ etc.); c) man könnte das Weltgeschehen beurteilen nach illusionsloser Art jener Christen, deren Glaube sich z.B. in der Johannes-Offenbarung niedergeschlagen hat – doch wer wollte sich gerne auf eine solche Beunruhigung einlassen? d) das eigene Land als Teil der zweifelhaften Gewinner- und Täterwelt auf dem Globus zu betrachten, gilt als Tabu (damit ist – außerhalb – der USA ein populistischer „Antiamerikanismus“ unter Absehung der europäischen Ambitionen durchaus vereinbar) e) Nicht zuletzt sind Vertreter der Parteien, die eine Remilitarisierung z.B. der deutschen Politik stützen, nach wie vor in kirchlichen Gremien sehr präsent.

Ausführlich:

P. Bürger: Wie staatsreu sind die Kirchen in der Friedensfrage? Beitrag zum Jubiläumskongress der „Initiative Kirche von unten“ am 31. März 2006 in Berlin. <http://www.ikvu.de/html/archiv/ikvu/texte25/buerger-kirche-friedensfrage-staat.pdf>

P. Bürger: Hiroshima, der Krieg und die Christen (Buch). Düsseldorf 2005. [Bestelladresse: <http://www.friedensbilder.de/christenkrieg>]

5. Was bedeutet Bekenntnis?: Eine Erinnerung an die Korruptierbarkeit des verfassten Christentums und an Dietrich Bonhoeffer

Selbst so genannte Widerstandsgestalten haben die Kriegsdoktrin des Dritten Reiches mitgetragen. Verweigerer. Die Korruptierbarkeit des kirchlich verfassten Christentums hat sich in zwei Weltkriegen hinlänglich erwiesen, ist jedoch nur mangelhaft aufgearbeitet worden. Auch diese Altlast lähmt heute die christliche Kriegskritik. Neu zu studieren sind unbedingt Werk und Praxis von Dietrich Bonhoeffer, dessen Anschauung von christlichem Bekenntnishandeln (Judenverfolgung, Kriegsfrage) im theologischen Christusbekenntnis der Barmer Synode durchaus nicht Aufnahme gefunden hat. Als jüngerer Zeuge könnte der – nach Ansicht des Papstes „verehrungswürdige“ – ermordete Bischof Oscar Romero angeführt werden. Ihm wurde Politisierung vorgeworfen, doch er berief sich stets auf die Bibel. Den von ihm z.T. exkommunizierten Folterern und Mördern hielt er entgegen, dass sie sich an lebendigen *Ebenbildern Gottes* vergreifen und daher den Boden des Evangeliums verlassen. Genau dies muss aber auch hinsichtlich aller Opfer von Rohstoff- und Machtkriegen geltend gemacht werden.

6. „... denn er hat Christus gelästert“: Confessio in den ersten drei Jahrhunderten – Kriegsabstinenz im Imperialismus als christliches Identitätsmerkmal

Die Absage an „Wirtschafts- und Machtkriege“ als Bekenntnisfrage zu verstehen, ist nun alles andere als eine Neuerfindung. Die Kriegsabstinenz ist in den ersten drei Jahrhunderten der Kirche unverrückbares Identitätszeichen der Christen gewesen. Wer als Täufling am tötungsbereiten Kriegsdienst im Imperium Romanum festhielt, wurde zurückgewiesen. Die Begründung: „... denn er hat Christus gelästert“. Der Kontext ist keineswegs, wie gerne vorgetragen wird, ein rein kultischer. Am Beispiel der Kirchenschriftstellers Laktanz (ca. 250-320 n.Chr.) lässt sich aufzeigen, dass die Absage an den Krieg mit einer klaren Analyse imperialer Militärstrategien einherging und damit die damals geltende „Nationale Sicherheitsdoktrin“ betraf.

Vgl. mit Kirchenväterzitaten:

P. Bürger: Frühkirchlicher Pazifismus und „gerechter Krieg“ – Teil 1 bis 3. Ab März 2006 in Folge auf der Lebenshauswebsite: www.lebenshaus-alb.de/mt/archives/003636.html

7. Christentum und Krieg: Selbstbesinnung im „christlichen Kulturkreis“ und ideologische Instrumentalisierung des Christentums

Der moderne Krieg im Industriezeitalter, die Erfindung von Massenvernichtungstechnologie, zwei Weltkriege ... all dies geht aus vom Boden des „christlichen Kulturkreises“. Heute verfügt die „christliche geprägte“ Welt über den Riesenanteil am globalen Kriegsapparat (in den USA mit einer besonders offen von Rüstungskonzernen mitbestimmten Politik), nimmt eine Spitzenstellung beim Rüstungsexport ein und wird im Weltmaßstab als Brecherin von Völker- und Menschenrecht wahrgenommen (Folter inbegriffen). Eine Sichtung dieser Befunde muss für die Theologie endlich zum Problem werden! – Gleichzeitig bleibt – auch unter neoliberalen bzw. postmodernen Bedingungen – das Begehren, das christliche Erbe als ideologische Säule der westlichen Welt zu instrumentalisieren (die USA als „Gottes eigenes Land“; die Orthodoxie als neuer Liturgiespender in Putins Russland; Protestantismus und Katholizismus als Pfeiler des europäischen Abendlandes). Gefragt sind freilich nicht das

Christentum eines Dietrich Bonhoeffers, eines Martin Luther Kings, eines Johannes Paul II. oder der Befreiungstheologie, sondern: ein platonisches und sakral-verfeierlichtes Christentum bzw. ein – vermeintlich – unpolitisches Christentum der übernatürlichen Offenbarungen (Fundamentalismus).

Zum Thema auch:

P. Bürger: Der Schatten des Kreuzes. Karfreitagsgedanken zur Kriegstheologie im Kino und zur Passionsfrömmigkeit.

In: Telepolis, 6.4.2007. <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/25/25016/1.html>

8. Der „Kampf der Kulturen“ und der Krieg ums Öl

Die Vorbereitung des antiislamischen Kulturkampfparadigmas schon in den 1970er Jahren und seine endgültige Ausgestaltung in den 1990er Jahren ist leider nur wenigen bekannt. Die das Paradigma stützenden Terrorphänomene, die keineswegs das „Weltproblem Nr. 1“ bilden, sind durchweg hausgemachte Produkte des Westens (vom CIA-Iran-Umsturz 1953, über die Afghanistan-Strategie der USA ab 1979, die Militärpräsenz in Saudi-Arabien ab 1990/91 ...). Eine zivile und gerechtere Weltgesellschaft hätte alle Möglichkeiten, die neueren Herausforderungen eines globalen Kulturen- und Religionsdialogs zu meistern. Gerade das aber ist gar nicht erwünscht, da der antiislamische Kulturkampf zentrale Rechtfertigungsfigur für Geostrategie- und Rohstoffkriege ist (der Riesenanteil fossiler Energiereserven ist in islamischen Ländern angesiedelt). Wie allgemein verankert diese kriegslegitimierende Ideologie bereits ist, zeigt die große Gleichgültigkeit bezogen auf einen – immer noch – möglichen Iran-Krieg, dessen zentrale Motive zweifellos in „Geostrategie, Öl und Gas“ auszumachen wären (P.S.: Energiekriege sind auch solche Kriege, die im Ergebnis konkurrierende Machtzentren vom Zugang zu Ressourcen fernhalten sollen oder die eigene regionale Kontrolle absichern). Nicht zuletzt hat die westliche Ölgier von 1991 bis heute vermutlich schon drei Millionen Menschen im Irak das Leben gekostet! (Obwohl ein Franz Alt schon im letzten Jahrhundert in der ganzen Republik über Ölkriege aufgeklärt hat, konnten die Mainstream-Medien noch 2003 die friedensbewegte Parole „Kein Blut für Öl“ als absurd abtun!) Von den Muslimen, „die mit uns zu dem einen Gott beten“ (II. Vatikanum), werden heute sogar auf lokaler Ebene allerlei Erklärungen abverlangt. Islamische Theologen sollen, so meint man mit Recht, Koran-Gutachten über Terrorattentate vorlegen. *Die Christenheit aber müsste im Gegenzug zumindest klarstellen, dass alle Getauften, die von Energieinteressen geleitet sind und deshalb Muslime in ölreichen Ländern mit Bomben zerfetzen oder foltern, den Boden des christlichen Evangeliums verlassen haben.*

9. Der Ansatz der „Ökumenischen Erklärung“: Das Ende des staatskirchlichen Kompromisses im 3. Jahrtausend

Eine Militarisierung der Energie- und Rohstoffversorgung ist nicht nur, wie der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Müller meint, „problematisch“, sondern ein offener Angriff auf das Grundgesetz und auf das Völkerrecht. *Militärdoktrinen im Dienste nationaler Wirtschafts- und Machtinteressen sind aber insbesondere auch mit der Friedensethik der gesamten christlichen Ökumene unvereinbar.* Hier setzt die „Ökumenische Erklärung von Christinnen und Christen aller Konfessionen zu Militärdoktrinen im Dienste nationaler Wirtschaftsinteressen“ vom Herbst 2006 an. Rund 800 Menschen und Gruppen haben diese Erklärung bereits unterzeichnet, darunter Theologen/innen, Landessynodale und christliche Netzwerke.

Die Erklärung verweist auf den einschneidenden Wandel, der nunmehr ökumenisches Handeln erfordert. Neue Militärdoktrinen zugunsten von Wirtschafts- und Machtinteressen stehen nicht mehr auf dem Boden des „staatskirchlichen Kompromisses“ („gerechter Krieg“ bzw. später „humanitäre Interventionsbereitschaft“ als *Möglichkeiten* neben dem christlichen Pazifismus nach Vorbild der frühen Kirche). Somit geht es also nicht mehr um den Diskurs

über unterschiedliche *Mittel* (bzw. Wege der „Friedenssicherung“), sondern um einen Diskurs über völlig unterschiedliche, ja entgegengesetzte *Zielsetzungen*. Als unstrittiger – selbstverständlicher – Konsens der ökumenischen Friedensethik wird vorausgesetzt, dass es für Macht- und Wirtschaftskriege niemals eine Rechtfertigung geben kann. Dieser enge Focus der Erklärung bedingt, dass z.B. christliche Pazifisten und christliche Soldaten, die am Grundgesetz festhalten, die Erklärung gleichermaßen mittragen können (der Dissens etwa zwischen diesen beiden Gruppen ist gar nicht Thema der Erklärung!). Die Verantwortung für Soldatenleben ist sogar ausdrücklich benannt, was mit Blick auf die staatlich sanktionierte Militärseelsorge wohl besonders hervorzuheben ist (vgl. Textanhang I und II).

„Treue zum Evangelium und Bekenntnis zum Gott des Friedens“ – Ökumenische Erklärung von Christinnen und Christen aller Konfessionen zu Militärdoktrinen im Dienste nationaler Wirtschaftsinteressen
Mit Email-Unterzeichnungsformular im Internet:
<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/aktionen/004080.html>

10. Die Traurigkeit des Imperiums und die Wahrung christlicher Identität

Das breite Spektrum der möglichen UnterzeichnerInnen der Erklärung zielt aber in einem Punkt auf denkbar klare Abgrenzung: Wer ökonomisch bzw. machtpolitisch motivierte Kriege vorbereitet, unterstützt und durchführt, verlässt die Gemeinschaft der Getauften und kann für sich keine christliche Identität beanspruchen. Damit wird dem Irrglauben entgegengetreten, nur vom Leben abstrahierende Inhalte (Orthodoxie) und nicht die christliche Praxis könnten Gegenstand des identitätsstiftenden Bekenntnisses sein. Es geht hier keineswegs um eine ausufernde bzw. beliebige Inanspruchnahme des Bekenntnisnotstandes. Die Kriegsfrage war über drei Jahrhunderte indirekt Bestandteil des Taufbekenntnisses, so dass einem modifizierten Rückgriff auf diese Tradition keinerlei Beliebigkeit anhaftet. Im Zeitalter der Ölkriege wird der Menschensohn aus dem Matthäus-Evangelium sagen: „Ich war von Bomben bedroht, und ihr habt sie abgewehrt. – Ich wurde von Bomben zerfetzt, und ihr habt gleichgültig zugeesehen.“

Da es um christliche Identität geht, sind in der Erklärung explizit „westliche“ Militärdoktrinen angesprochen (selbstredend sind entsprechende Doktrinen in anderen Kulturkreisen nicht gutgeheißen). Die so genannte „christliche Welt“ ist am krassen Missverhältnis militärischer und zivil-humanitärer Budgets auf dem Globus maßgeblich mitverantwortlich (nominell 10 : 1; faktisch viel beschämender) und reklamiert für sich gleichwohl „moralische Absichten“. Die Weltkirche hat in der Vergangenheit immer wieder deutlich gemacht, dass allein die Hochrüstung einem Mord an den Armen gleichkommt (Paul VI). Die Kriegsführung auch im 3. Jahrtausend zeigt, dass auch im „christlichen Kulturkreis“ eine gleichsam säkular verankerten und gesicherten Humanität nicht vorausgesetzt werden darf. Entscheidend ist auch, dass im Vergleich zum Konsens bei Gründung der UNO heute wieder unverhüllt imperiale Ambitionen vorgetragen werden.

In einem „Imperium“, das global Traurigkeit verbreitet, müssen Christen heute ihre Identität verteidigen – zumal gegen Versuche, das Christentum noch als ideologische Begleitmusik für imperiale Machtzentren zu missbrauchen (Kirchen wie die UCC in den USA gehen uns auf diesem Weg voraus). Christen können sich nicht auf Jesus von Nazareth und den Frühling in Galiläa berufen und gleichzeitig als Profiteure oder Zuschauer an der Seite der Kreuzesaufrichter stehen.

Textanhang I: Die Erklärung

„Treue zum Evangelium und Bekenntnis zum Gott des Friedens“



Ökumenische Erklärung von Christinnen und Christen aller Konfessionen zu Militärdoktrinen im Dienste nationaler Wirtschaftsinteressen

Die Gemeinschaft der Kirchen umfasst heute Christen, die einen „Friedensdienst mit Waffen“ für möglich halten, und christliche Pazifisten. Diese Gemeinschaft von Christen auf unterschiedlichen Wegen und in gegenseitigem Respekt basiert auf dem ökumenischen Konsens, dass Krieg nach Gottes Willen nicht sein darf. Ohne diesen Konsens kann sie nicht bestehen.

Im dritten Jahrtausend werden nun in der so genannten „westlichen Welt“ immer offener nationale Wirtschaftsinteressen als Zielvorgaben in militärischen Planungen geltend gemacht und sogar dem zuarbeitende Verfassungsänderungen angestrebt. Verschiedene Militärdoktrinen nennen in diesem Zusammenhang unter anderem „freie Weltmärkte“, freie Handels- und Seewege, den Zugang zu Rohstoffen, eine gesicherte Versorgung mit Energie-Ressourcen, die Wahrung des nationalen Wohlstands und eine Abwehr von Immigration aus armen Erdregionen.

All diese Gesichtspunkte rechtfertigen weder nach dem Völkerrecht noch nach der Friedensethik der christlichen Ökumene den Einsatz von tödlichen Waffen oder die Gefährdung des Lebens von Zivilisten und Soldaten.

Als Getaufte erklären wir in aller Deutlichkeit: Wer für Soldaten betet und *gleichzeitig* Militärdoktrinen zugunsten von Wirtschaftsinteressen befürwortet, lästert Gott.* Wer nationale Wirtschaftsinteressen zur Rechtfertigung von militärischem Handeln heranzieht, verlässt die Treue zum Evangelium und trennt sich selbst von der Gemeinschaft der Glaubenden. Wir bitten alle Schwestern und Brüder inständig, das gemeinsame Band nicht zu zerreißen, am Bekenntnis zum Gott des Friedens festzuhalten und gegen jegliche politische Rechtfertigung von Kriegen aus wirtschaftlichem Interesse Widerstand zu leisten.

*[*ERLÄUTERUNG: Selbstredend wird hier nicht das Gebet für Soldaten abgelehnt!
Als Lästung ist verstanden, das Leben von Soldaten – scheinheilig – unter Gottes Schutz zu stellen
und es GLEICHZEITIG durch wirtschaftlich motivierte Militärplanungen zu gefährden.]*

Sie können diese Erklärung über das Email-Formular im Internet unterzeichnen:

<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/aktionen/004080.html>

oder auf dem Postweg:

c./o. Lebenshaus Schwäbische Alb e.V., Postfach 1145, D-72497 Gammertingen,

Kriege für den nationalen Wohlstand?**Die kirchliche Friedensethik steht heute vor einer Weggabelung –
Eine „Ökumenische Erklärung“ stellt die Bekenntnisfrage***Peter Bürger*

Die Bundesregierung hat 2006 – von der Gesellschaft weitgehend unbeachtet – eine Militärdoktrin verabschiedet, die sich vom Verteidigungsbegriff des Grundgesetzes weit entfernt. Im neuen Weißbuch wird Sicherheitspolitik vor allem als nationale Interessenssicherung beschrieben. Zu den Zielen gehört es, „den freien und ungehinderten Welthandel als Grundlage unseres Wohlstands zu fördern“. Deutschland, so ist weiter zu lesen, habe „besonderes Interesse an ... ungehindertem Warenaustausch“ und sei „in hohem Maße von einer gesicherten Rohstoffzufuhr und sicheren Transportwegen in globalem Maßstab abhängig“. „Störungen der Rohstoff- und Warenströme“ könnten sich „auf die nationale Volkswirtschaft“ und den Wohlstand auswirken. „Von strategischer Bedeutung für die Zukunft Deutschlands“ sei eine „sichere Energieversorgung“. Als Bedrohungsszenarium wird auch die „unkontrollierte Migration“ aus armen Erdregionen genannt.

Was haben all diese Themen in der Militärdoktrin eines Landes zu suchen, dessen zentrales Staatsziel laut Verfassung die Friedensförderung ist? Im Grundgesetz ist von den genannten strategischen Gesichtspunkten mit keiner Silbe die Rede, wenn es um Aufgaben der Bundeswehr geht. Auch nach internationalem Recht kann z.B. der Zugang zu Rohstoffen und Energieressourcen keine zulässige Zielvorgabe für militärische Planungen sein. Will man nun auch bei uns der „Sicherheitsdoktrin“ der USA folgen? Dort wird „Verteidigung“ – notfalls durch nukleare Erstschläge – schon lange mit einer globalen Durchsetzung der nationalen Wirtschaftsinteressen gleichgesetzt. Im Nato-Jargon umschreibt die schönfärberische Wendung „Werte und Interessen“ entsprechende Anschauungen. In den beiden großen Volksparteien der Bundesrepublik werden Wirtschaftsziele seit den 90er Jahren immer offener im Zusammenhang mit der Militärpolitik zur Sprache gebracht.

Bezogen auf das Grundgesetz ist im Weißbuch nur vage von „Werten“ und „gültigen Orientierungspunkten“ die Rede. Auch beim Bekenntnis zur „Beachtung und Stärkung des Völkerrechts“ wird das Verbot jeglicher Angriffskriege durch die UN-Charta nicht beim Namen genannt. In Europa will man offen lassen, wohin sich die neue Weltordnung im Zeitalter der Ressourcenknappheit bzw. vitaler Energiesorgen bewegt. Aufrichtig wäre es, an erster Stelle die Soldaten und ihre Familien darüber aufzuklären, welche Interessen man bei der Planung von zukünftigen Auslandseinsätzen ins Spiel bringen will.

Bislang haben sich die Kirchen zur neuen Richtung der deutschen Sicherheitspolitik noch nicht deutlich erklärt. Aus dem Bereich der christlichen Friedensbewegung und der ökumenischen Netzwerke gibt es einen klaren Einspruch gegen Vorstellungen, wie sie auch im Weißbuch der Bundesregierung auftauchen. Das deutsche Präsidium der internationalen kath. Friedensbewegung Pax Christi hat Militäreinsätze zur Wohlstandssicherung am 9.12.2006 ebenfalls als Bekenntnisfrage thematisiert. Nirgendwo in der ökumenischen Friedensethik ist eine Rechtfertigung für militärisches Handeln aus wirtschaftlichen Interessenserwägungen heraus auch nur denkbar. Die kirchlichen Denkschriften müssen sich deshalb heute mit einem grundlegenden Paradigmenwechsel auseinandersetzen. Im gesellschaftlichen Diskurs wird längst nicht mehr nur um unterschiedliche *Wege* der Friedenssicherung gestritten. Es geht vielmehr im „neoliberalen“ Zeitalter um unterschiedliche *Zielvorstellungen*. Für die Christenheit steht das globale Gemeinwohl im Zentrum. Das Programm nationaler Interessenspolitik folgt einer konträren Linie.

Allein mit einer „Ächtung von Wirtschaftskriegen“ ist es allerdings wohl kaum getan. 1989 erteilte die Ökumenische Versammlung von Dresden der militärischen Logik und Praxis eine unmissverständliche Absage. Die Zeit sei reif, so befanden damals die Kirchen in der DDR, eine Friedensordnung auf der Grundlage *politischer* Mittel wahr werden zu lassen. Nach der Wiedervereinigung ist dieses Erbe durch das Leitbild des „gerechten Friedens“ aufgegriffen worden. War es klug, im Bereich der Kirchen dennoch der Doktrin so genannter „humanitärer Interventionen“ so viel Vertrauen entgegen zu bringen? Lieferte diese Doktrin nicht die wichtigste Rechtfertigung für eine erneute Aufrüstung der reichen Länder, während sie Erfolge im Sinne der vorgegebenen Ziele gar nicht vorweisen konnte? Wie glaubwürdig sind Militäreinsätze im Dienste guter Taten, wenn gleichzeitig jährlich 30 bis 40 Millionen Menschen trotz Nahrungsüberfluss an Hunger sterben und eine konzertierte Initiative der Weltgesellschaft zur Achtung der sozialen Menschenrechte ausbleibt? Jean Ziegler spricht von Massenmord und einem „Imperium der Schande“. Die weltweiten Militärausgaben lagen 2005 bei 1.100 Milliarden US-Dollar. Die Beiträge der Vereinten Nationen zu wirtschaftlichen, sozialen und humanitären Programmen für die Ärmsten der Welt beliefen sich z.B. nur auf ein Hundertstel davon.

Wahr ist, dass man nach dem Ende des Kalten Krieges für Friedensforschung und gewaltfreie Konfliktlösungsprogramme nur lächerlich kleine Budgets bereitgestellt hat. An eine neue Weltfriedensordnung war offenbar gar nicht gedacht. Das mörderische Programm „Krieg“ durfte weiterhin Ressourcen in unvorstellbarem Ausmaß verschwenden. Doch die Problemlösungspropaganda der Bellizisten hält keiner seriösen Überprüfung stand. Wann wären die Friedensbekundungen der Politik glaubwürdig? Eine Minimalforderung lautet heute, dass für die rein zivilen Ansätze mindestens ebenso viele Mittel bereitgestellt werden wie in den Rüstungshaushalten.

Textanhang III: Zitate zu Remilitarisierung und Wirtschaftskriegen

1. Das „Vorbild“ der USA

Die am 17. September 2002 verkündete „National Security Strategy 54“ der USA kennt – wie bereits die Clinton-Administration – überhaupt keine Hemmung mehr, die eigentlichen Interessen – darunter besonders das vermeintliche Recht der Vereinigten Staaten auf fremdes Öl – beim Namen zu nennen:

„Zugang zum Öl des Persischen Golfes ist für die nationale Sicherheit der USA von entscheidender Bedeutung. Falls erforderlich werden wir diese Interessen auch mit militärischer Gewalt verteidigen.“

Schon bezogen auf den Golfkrieg 1991 hatte General Brent Scowcroft, nationaler Sicherheitsberater von Bush Senior, gegenüber der BBC eingeräumt, dass „der wahre Grund für den Krieg natürlich das Öl gewesen sei“ (Frankfurter Rundschau, 18.1.1996). „The Guardian“ meldete am 4. Juni 2003 die folgende Antwort von Paul Wolfowitz auf die Frage, warum die USA Nordkorea anders behandeln würden als den Irak: „Der wichtigste Unterschied ist, dass wir wirtschaftlich einfach keine Wahl im Irak hatten. Das Land schwimmt auf einem Meer von Öl.“

2. Der europäische Kontext

Um z.B. unter dem Banner der „Krisenbewältigung“ in fremden Ländern agieren zu können, muss man sich erklären. Die „Europäische Sicherheitsstrategie“ vom 12. Dezember 2003 bekundet vielsagend: „Unser herkömmliches [!] Konzept der Selbstverteidigung (...) ging von

der Gefahr einer Invasion aus. Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen. Die neuen Bedrohungen sind dynamischer Art.“

Im Klartext gibt das „European Defence Paper“ (Paris, Mai 2004) den EU-Staatschefs zu bedenken: *„Künftige regionale Kriege könnten die europäischen Interessen tangieren (...) indem europäische Sicherheit und Wohlstand direkt bedroht werden. Beispielweise durch die Unterbrechung der Ölversorgung und/oder eine massiven Erhöhung der Energiekosten [oder] der Störung des Handels- und Warenströme.“* In diesem Papier wird namentlich ein Einsatz des europäischen Atomwaffenpotentials nicht ausgeschlossen.

Im Januar 2006 erklärte auch der französische Präsident Jacques Chirac, die Atomwaffen seines Landes könnten u.a. auch „zur Sicherstellung unserer strategischen Versorgung“ eingesetzt werden. Bundeskanzlerin Angela Merkel bewertet Chiracs Vorstellungen ganz unaufgeregt als „eine den aktuellen Veränderungen in der Welt angepasste Doktrin“.

Die zivile Alternative zu einer mit militärischer Stärke operierenden „Weltordnungskonzeption“ war in der Präambel zum vorerst auf Eis gelegten „Europäischen Verfassungsvertrag“ immerhin angedeutet. Institutionell, personell und finanziell kam in den sich anschließenden Ausführungen jedoch allein die militärische Komponente zum Zug (Aufrüstungsverpflichtung der Mitgliedsländer, „Verteidigungsagentur“ für Rüstungsgüter).

3. Erinnerung: Militärdoktrin der deutschen Kohl-Administration (1992)

Bereits 1975/76 benennt das militärpolitische „Weißbuch“ die Verknappung von Erdöl und anderen Rohstoffen als „sicherheitspolitische Bedrohung“ der Bundesrepublik. CDU-Minister Volker Rühe formuliert in seinen Verteidigungspolitischen Richtlinien (26.11.1992) als Auftrag der Bundeswehr: „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen“. Deutschland gilt als „kontinentale Mittelmacht mit weltweiten Interessen“. Einschränkend wird als Rahmen der Interessenssicherung noch eine „gerechte Weltwirtschaft“ angegeben

4. Rudolf Scharping über die Region um Afghanistan (Januar 2001)

Der SPD-Minister für das Militärressort, Rudolf Scharping, trägt am 21. Januar 2001 auf dem SPD-Programmforum „Sicherheit“ vor: *„In 25 Jahren ist das Gas in der Nordsee alle, aber in der Region um Afghanistan und im Kaukasus ist alles vorhanden. Und ob dort regionale Sicherheit entsteht, ist im Interesse aller, die in Zukunft aus der Region Energie beziehen wollen.“* In einem Vortrag vor der Heidelberger Universität am 27. November 2001 wiederholt Scharping, der Kaspische Raum könne wegen einer strittigen *„Nutzung und Verteilung der strategischen Ressourcen Öl und Gas“* leicht zur Krisenregion der nächsten Jahrzehnte werden“.

5. Minister Peter Struck (SPD) über Hindukusch und Rohstoffversorgung

2002 wird sein Nachfolger, Minister Peter Struck (SPD), genau diese Region als Schauplatz für die „Verteidigung unserer Freiheit am Hindukusch“ proklamieren. Am 9.11.2004 erläutert Struck ganz prinzipiell:

„Moral und Geschichte reichen sicherlich nicht aus, um in jedem Einzelfall über Europas sicherheitspolitisches Engagement zu entscheiden. Andere Faktoren müssen hinzukommen, vorrangig die *europäischen Interessen*. Ich denke, dass in der Tat die wirtschaftliche Entwicklung Europas im 20. Jahrhundert, die Globalisierung und das Aufkommen neuer Bedrohungen zu *gemeinsamen materiellen Interessen der Europäer* geführt haben. Sie stehen gleichwertig (!) neben ideellen Verpflichtungen. Zu diesen Interessen gehören der Schutz gegen internationalen Terrorismus oder die Begrenzung der Auswirkungen destabilisierender Konflikte in der europäischen Nachbarschaft. Dazu gehören auch der Schutz vor illegaler

Immigration und organisierter Kriminalität oder der *Schutz der Energie- und Rohstoffversorgung*.“ (Rede auf dem 15. Forum Bundeswehr & Gesellschaft der Zeitung "Welt am Sonntag")

6. Das neue „Weißbuch“ der Bundeswehr (2006): Interessen, eingepackt in eine blumige Rhetorik

Der endgültige, 2006 vom Kabinett verabschiedete Weißbuch-Text (<http://www.bmvg.de>) benennt wirtschaftliche Interessen nicht direkt als Beweggründe oder Ziele für militärisches Handeln. Auf Umwegen fließt das Anliegen in die Definitionen von „Sicherheit“ ein. Die „Sicherheitspolitik Deutschlands“ soll „die Interessen unseres Landes“ wahren. Insbesondere gehört es auch zu den Zielen, „den freien und ungehinderten Welthandel als Grundlage unseres Wohlstands zu fördern“. Dabei jedoch sollen die „Werte des Grundgesetzes“ leitend sein. Man will auch helfen, „die Kluft zwischen armen und reichen Weltregionen“ zu überwinden. Folgende Gesichtspunkte ergänzen im Weißbuch das Bild:

- Erforderlich ist es, „Risiken und Bedrohungen für unsere Sicherheit vorzubeugen und ihnen rechtzeitig zu begegnen, wo sie entstehen.“ [Wie in EU-Dokumenten kann die so genannte „Verteidigungslinie“ also oftmals im Ausland liegen.]
- „Deutsche Sicherheitspolitik muss auch Entwicklungen in geografisch weit entfernten Regionen berücksichtigen, soweit sie unsere Interessen berühren. (...) Interessen können im Zeitalter der Globalisierung nicht allein geografisch definiert werden“.
- „Deutschland hat aufgrund seiner immer engeren Verflechtung in der Weltwirtschaft besonderes Interesse an ... ungehindertem Warenaustausch“ und ist „in hohem Maße von einer gesicherten Rohstoffzufuhr und sicheren Transportwegen in globalem Maßstab abhängig“. „Störungen der Rohstoff- und Warenströme“ bleiben „nicht ohne Auswirkungen auf die nationale Volkswirtschaft, Wohlstand und sozialen Frieden“. [Hierbei wird ohne weitere Belege eine „zunehmende Piraterie“ als Gefahr konstatiert, womit die Minister Jung besonders am Herz liegende Marine ins Spiel kommt.]
- „Deutschland, dessen wirtschaftlicher Wohlstand vom Zugang zu Rohstoffen, Waren und Ideen abhängt, hat ein elementares Interesse an einem friedlichen Wettbewerb der Gedanken, an einem offenen Welthandelssystem und freien Transportwegen“. [Der „Zugang zu Rohstoffen“ taucht hier im zweiten Satzteil bezeichnenderweise nur indirekt auf.]
- „Von strategischer Bedeutung für die Zukunft Deutschlands“ ist eine „sichere Energieversorgung. (...) Energiefragen werden künftig für die globale Sicherheit eine immer wichtigere Rolle spielen.“
- In Teilen Afrikas und Asiens gibt es – „verstärkt durch Ineffizienz und Korruption“ – „politische Spannungen. (...) Neben der moralischen Verpflichtung zur Hilfe steht dabei die Verantwortung für die Sicherheit unseres Landes.“ [Die Verantwortung der reichen Erdregionen für weltweites Elend und das westliche Diktat der globalen Spielregeln bleiben ausgeblendet.]
- „Europa und Deutschland besitzen nach wie vor eine hohe Anziehungskraft für Menschen, die ihre Heimat aufgrund von ... Notlagen verlassen haben, um ein besseres Leben zu suchen. Die innenpolitischen Folgen unkontrollierter Migration ... sind ein wachsendes Problem der europäischen Gesellschaften“.
- Zum sicherheitspolitischen Instrumentarium gehören „auch bewaffnete Einsätze“. Die Bundesregierung will auch künftig prüfen, „welche Werte und Interessen Deutschlands den Einsatz erfordern.“

Die moderate Kritik aus der SPD an einer Militarisierung der Rohstoff- und Energiefrage im ersten Entwurf hat sich überall hier vor allem in einer veränderten, mitunter sehr blumigen

Rhetorik niedergeschlagen. Der Sache nach sind alle bisherigen Denkansätze immer noch enthalten. Allerdings gibt es gute Argumente, ökonomisch ausgerichtete Militärdoktrinen nicht nur anhand von kategorialen Zielformulierungen zu bewerten. In der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung war am 13.8.06 zu lesen: „Die Politiker müssen der deutschen Öffentlichkeit beibringen, dass geschichtliche, humanitäre und vordergründige materielle Erwägungen nicht der Grund dafür sind, dass deutsche Soldaten zu Konfliktherden geschickt werden. Im Kern geht es um etwas Grundlegenderes: Deutschland leistet seinen Beitrag zur Aufrechterhaltung der herrschenden Weltordnung, von der es profitiert wie wenig andere Länder.“

Minister Franz Josef Jung hat wiederholt seinen persönlichen Wunsch kundgetan, auch bezogen auf die Auslandseinsätze der Bundeswehr Änderungen an der Verfassung vorzunehmen. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass beim Thema „Grundgesetz“ nur dessen „Werte“ und „gültige Orientierungspunkte“ thematisiert werden. Auch beim Bekenntnis zur „Beachtung und Stärkung des Völkerrechts“ wird das Verbot von Angriffskriegen durch die UN-Charta nicht ausdrücklich als Grenze für jede Art von „vorsorglicher Sicherheitspolitik“ beim Namen genannt. Unter der Überschrift einer „dynamischen Weiterentwicklung des Völkerrechts“ will man auch in Europa offen lassen, wohin sich die neue Weltordnung im Zeitalter der „Ressourcenknappheit“ bzw. vitaler Energieorgen bewegt.

7. Minister Jung über die Vorbildfunktion von Tradition und Preußen

Franz Josef Jung (CDU) glaubt als Minister für das Militärressort, „dass wir den Aspekt Tradition und ihre Vorbildfunktion in den Vordergrund stellen müssen“ (FAZ, 2.5.2006) Er hat 2006 in einer Rede anlässlich des Internationalen Militärhistorikerkongresses am 21. August 2006 in Potsdam seiner pro-preußischen Gesinnung sehr deutlich Ausdruck verliehen:

- „Heute besitzen viele Deutsche ein stärker ausgeprägtes Bewusstsein dafür, dass Militärgeschichte wichtig ist für das politische Selbstverständnis unseres Landes. Sie haben erkannt, dass sie hilft, aktuelle Fragestellungen zu beantworten. Deutschland wurde in seiner Geschichte mehr als andere Länder durch das Militär geprägt. Aufgrund seiner geostrategischen Mittellage in Europa war es immer wieder Schauplatz von Kriegen. ... Für den Aufstieg Preußens im 18. Jahrhundert spielte das Militär eine zentrale Rolle – nicht nur in der Erweiterung und Verteidigung des preußischen Staatsgebiets, sondern auch für die politische und soziale Entwicklung des Landes. Preußen war ein Staat, in dem die Idee des Dienens für das Gemeinwohl geprägt und vorgelebt wurde. Noch heute werden Tugenden wie Pflichtbewusstsein, Treue, Leistungsbereitschaft, Bescheidenheit sowie Gottesfurcht bei gleichzeitiger Toleranz als preußische Tugenden bezeichnet.“

8. Der Generalinspektor des Heeres: „Wir brauchen den archaischen Kämpfer“

General-Leutnant Hans Otto Budde, heute Inspektor des Heeres, hat – laut „Welt“ vom 29.2.2004 – den veränderten Personalbedarf der Bundeswehr so beschrieben: „*Wir brauchen den archaischen Kämpfer und den, der den High-Tech-Krieg führen kann.*“ Der Berichterstatter ergänzte dazu: „Diesen Typus müssen wir uns wohl vorstellen als einen Kolonialkrieger ...“.

9. Bundeswehrdozent Jürgen Schnell über die Zukunft des Krieges

Sehr deutlich trug im Juni 2000 Generalleutnant a. D. Jürgen Schnell, Hochschullehrer für die Bundeswehr, seine These von der Zukunftsträchtigkeit des Krieges vor (taz, 7.11.2006):

► „Wenn der Krieg von Anfang an zur Geschichte der Menschheit gehört, dann ist anzunehmen, dass der Krieg überwiegend positive Funktionen erfüllt. Wäre es nicht so, dann hätte die Evolution sicherlich längst dafür gesorgt, dass der Krieg als Phänomen verschwunden wäre. [...] Die Natur ist offensichtlich von A bis Z auf Wettbewerb angelegt, und Kriege sind ihrem Wesen nach spezifische gewaltsam ausgetragene Formen des Wettbewerbs zwischen sozialen Großgruppen. Worum wird konkurriert? Im Wesentlichen um Macht, Ressourcen und die Vorherrschaft der eigenen kulturellen Identität.“